

Privatanstellungen können Pflegekosten senken und Familien besser unterstützen



Lena-Marei Ardelt, Dienstleistungsvermittlerin

Mit dem steigenden Anteil häuslicher Pflege an der Altenpflege und der wachsenden Anzahl Pflegebedürftiger steigt auch der Bedarf nach Pflegekräften in der privaten Pflege. Lena-Marei Ardelt arbeitet bei quitt, einem Personalvermittler für häusliche Aufgaben. Sie plädiert dafür, die Direktanstellung im Haushalt des oder der Pflegebedürftigen zu vereinfachen. Dafür bräuchte es aber eine deutliche Senkung der bürokratischen Hürden.

von Lena-Marei Ardelt

veröffentlicht am 11.12.2024



Personalmangel in Pflegeheimen, **steigende Kosten für stationäre Pflegebetten**, keine freien Plätze in Heimen – die Probleme in der Pflege sind Dauerbrenner-Themen. Doch die öffentliche Diskussion verfehlt oft den Kern des Problems. Ein aktuelles Positionspapier des BKK-Dachverbands zeigt: 84 Prozent der Pflegebedürftigen, geschätzt also 4,5 Millionen Menschen, werden zu Hause von Angehörigen oder Pflegehilfen versorgt. Viele greifen dabei auf **Agenturen für 24-Stunden-Pflege** zurück – eine zuverlässige, wenn auch teure und oft von **Intransparenz und Ausbeutung** geprägte Anstellungsart. Eine Alternative wäre die Privatanstellung. Doch hier fehlt die Unterstützung des Staates.

Häusliche Pflege über Pflegeagenturen organisieren

Eine gängige Option in der häuslichen Pflege ist der Rückgriff auf Pflegeagenturen, die Pflegekräfte entweder **direkt anstellen** oder **Selbstständige vermitteln**. Das hat den Vorteil, dass immer eine Pflegekraft zur Verfügung steht, auch bei Urlaub oder Krankheitsausfällen. Die größten Nachteile des Agenturmodells sind die **hohen Kosten** und die **intransparenten Anstellungsverträge**. Wie viel die Agentur erhält und wie viel an die Pflegekraft ausgezahlt wird, ist oft nicht ersichtlich. Oft erhalten Pflegekräfte ein **Gehalt weit unter dem Mindestlohn**, weil die Anzahl der Arbeitsstunden im Vertrag niedriger als die tatsächliche Arbeitszeit ist. Trotzdem ist bei einer Agenturlösung mit mindestens 3000 Euro Arbeitgeberkosten pro Monat zu rechnen.

Eine zweite Option ist die **direkte, private Anstellung** einer Pflegekraft. Klarer Vorteil der privaten Lösung ist der persönliche Bezug, denn die Pflegekraft kann eigenständig ausgewählt und angestellt werden. Man ist als Arbeitgebender direkt **weisungsbefugt** und kann ein **fairen Arbeitsverhältnis** selbst gestalten. Auch wenn sich die Arbeitszeit nicht minuziös festlegen lässt, können ausreichend Stunden mit einem entsprechenden Lohn vereinbart werden, der die schwere Arbeit und stetige Einsatzbereitschaft wertschätzt. Stellt man eine Pflegekraft zum Mindestlohn für 40 Stunden an, liegen die gesamten Arbeitgeberkosten bei ungefähr **2800 Euro** und damit **unter den Agenturpreisen** – und das, obwohl die Arbeitnehmenden einen höheren Lohn erhalten.

Bürokratische Hürden

Der entscheidende Nachteil der Privatanstellung ist jedoch der **enorme bürokratische Aufwand**: Jemanden privat oberhalb der Minijobgrenze von monatlich 538 Euro anzustellen, ist als Privatperson aufgrund der vielen Behörden-Vorschriften kompliziert und **kaum zu bewältigen**. Ein privater Arbeitgeber ist verpflichtet, eine Unfallversicherung bei der Unfallkasse des zuständigen Bundeslandes abzuschließen.

Zusätzlich muss der private Haushalt **als „Betrieb“ gemeldet** und dafür online eine Betriebsnummer bei der Bundesagentur für Arbeit beantragt werden. Anschließend muss das Arbeitsverhältnis bei der **Krankenkasse** und dem **Finanzamt** über die jeweiligen Internetportale (SV Meldeportal und Elster) angemeldet werden. Neben einer monatlichen Lohnabrechnung, müssen die Sozialbeiträge und Steuern monatlich deklariert und eingezahlt werden. Jährlich muss dann die Unfallkasse abgerechnet und eine zusätzliche Meldung beim Finanzamt getätigt werden.

Rechtliche Rahmenbedingungen fehlen

Um finanzielle Entlastung und andere Vorteile der Privatanstellung von Pflegekräften zu fördern, braucht es bessere Rahmenbedingungen aus der Politik. Trotz der stark wachsenden, hohen Zahl an häuslichen Pflegebedürftigen und trotz der **enormen Schwarzarbeitsquote** in Privathaushalten, bewegt sich auf politischer Ebene wenig.

Die notwendigen einzuleitenden Schritte sind klar: Es braucht einen **rechtlichen Rahmen für die häusliche Pflege**. Das Modell der 24-Stunden Pflege liegt nach wie vor in einem Graubereich: Das Arbeitsrecht sieht Bereitschaftszeit als Arbeitszeit und niemand darf in Deutschland 24 Stunden arbeiten. So entsteht ein prekäres Umfeld, das die rechtlich sichere Anstellung fast unmöglich macht.

Bürokratieabbau für private Arbeitgeber

Zudem müssen die enormen bürokratischen Hürden reduziert und weitere **Anreize für private Arbeitnehmende** gesetzt werden. So wurde bereits mehrmals die Einführung eines Zuschussmodells via Gutscheine für Privathaushalte im Koalitionsvertrag versprochen. Dies sollte nun endlich umgesetzt werden. Sinnvoll ist das jedoch nur bei gleichzeitigem Abbau der Bürokratie. So erhöht die Einteilung in **Mini-, Midi- und sozialversicherungspflichtigen** Anstellungen die **Unsicherheit** bei privaten Arbeitgebern: die Berechnung der Sozialbeiträge ist unklar und weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer wissen, was Netto übrig bleibt. Ebenso ist es schwer nachzuvollziehen, wieso Privathaushalte bei der Abrechnung **wie Firmen behandelt werden**. Die dadurch häufig notwendige Unterstützung von einem Steuerberater macht die Privatanstellung unnötig aufwändig und teuer und löscht den eigentlichen Kostenvorteil.

Das Problem der Bürokratie könnte durch die Regierung **ohne Aufwand und zeitnah** gelöst werden, indem sie die Nutzung **privatwirtschaftlicher Start-up-Lösungen** für die Abwicklung der Administration von privaten Anstellungen fördert und Bürgern im besten Fall kostenlos zur Verfügung stellt. So könnte das Potenzial der Privatanstellung vollständig ausgeschöpft, Pflegekosten gesenkt und Familien besser unterstützt werden.

Lena-Marei Ardelt ist stellvertretende Geschäftsführerin bei quitt und verantwortet das Business Development.

Das könnte Sie auch interessieren

ÖFFENTLICHER GESUNDHEITSDIENST (ÖGD)
Gesundheit & E-Health

Gesundheitsämter vor politischer Polarisierung schützen

Die Corona-Pandemie habe deutliche Lücken in Gesundheitsämtern aufzeigt, schreiben vier Public-Health-Experten. Politische Interessen würden zunehmend wissenschaftliche...

04.12.2024
von Alexandra Roth und René Gottschalk, Universität Lübeck, DGÖGB

FDP
Gesundheit & E-Health

Die gesundheitspolitische Perspektive der FDP

Jüngst noch in Regierungsverantwortung bangt die FDP nun um den Wiedereinzug in den Bundestag. Derzeit arbeitet die Partei an ihrem gesundheitspolitischen Programm...

03.12.2024
von Christine Aschenberg-Dugnus, FDP-Bundestagsfraktion

ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE (EPA)
Gesundheit & E-Health

Großes Potenzial, das nicht verspielt werden darf

Bei allem Potenzial der elektronischen Patientenakte sind eine sachliche Betrachtung und realistische Erwartungen wichtig, schreibt Andreas Strausfeld, Vorsitzender...

02.12.2024
von Andreas Strausfeld, Bitmarck

Folgen Sie dem Tagesspiegel Background auf LinkedIn

- Agrar & Ernährung
- Cybersecurity
- Digitalisierung & KI
- Energie & Klima
- Gesundheit & E-Health
- Smart City
- Sustainable Finance
- Verkehr & Smart Mobility